Wie Illegale gemacht werden

Das neue EU-Grenzregime

Von **Markus Euskirchen, Henrik Lebuhn und Gene Ray**

Derweil ganz Italien ob des jüngsten Skandals um Silvio Berlusconi Kopf steht, ist bereits völlig vergessen, dass dort am 15. Mai die bisher gravierendsten Entscheidungen der europäischen Einwanderungspolitik getroffen wurden. Künftig gilt in Italien die illegale Ein- oder Durchreise als Straftat. Wer illegalen Immigranten eine Unterkunft bietet, muss mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren rechnen. Um die illegale Einwanderung auf dem Seeweg einzudämmen, wollen Italien und Libyen gemeinsame Patrouillen einrichten. Damit, so Berlusconi zynisch, öffne Italien seine Pforten nur noch für solche Einwanderer, die im Land arbeiten und sich integrieren wollen.

Schon bisher werden Jahr für Jahr an den europäischen Außengrenzen traurige Rekorde aufgestellt. Im Mittelmeer und im Atlantischen Ozean starben in den letzten 20 Jahren, Schätzungen zufolge, mindestens 9383 Personen.[1] Sie alle kamen bei dem Versuch ums Leben, europäische Abschottungsmaßnahmen zu umschiffen und europäisches Territorium mit (zu kleinen) Booten zu erreichen. Weitere hunderte, vielleicht tausende Menschen erstickten, verhungerten oder verdursteten in Containern, Lastwagen und Frachtschiffen in den Häfen von London, Dublin und Rotterdam. Sie erfroren bei dem Versuch, die EU-Ostgrenze zu Fuß oder durch Flüsse zu überqueren. Oder sie nahmen sich in einem der unzähligen Flüchtlings- und Abschiebelager mitten in Europa das Leben. Zugleich bewerben sich schon seit Jahren immer weniger Migranten auf einen anerkannten Status als politischer Flüchtling in Europa. In Deutschland wurden 2008 insgesamt nur noch 22 085 Asylanträge registriert. In den alten EU-Staaten (EU-15) hat sich die Zahl der Asylanträge im Zeitraum von 2000 bis 2006 auf etwa 200 000 halbiert.[2] Die Kriterien und Anforderungen an einen Asylantrag sind mittlerweile so exklusiv, dass die Mehrheit der Flüchtlinge ihn gar nicht mehr stellt oder stellen kann.[3]

Diese Entwicklungen begannen in den 80er Jahren mit dem Schengen-Abkommen und haben sich in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt. Bereits seit Mitte der 90er Jahre sprechen Kritiker der europäischen Grenzverschärfung daher von der „Festung Europa". So schrieb etwa Mike Davis über die „Große Mauer des Kapitals, die die arme Bevölkerungsmehrheit unseres Planeten brutal von den reichen Ländern trennt."[4] Durchaus erwünscht sind dagegen hoch qualifizierte Fachkräfte, die Europa im globalen Wettbewerb nützlich sein können und daher aktiv angeworben werden, wie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso regelmäßig bekräftigt.[5]

1 Vgl. http://fortresseurope.blogspot.com/2006/01/festung-europa.html.
2 Bundesministerium des Innern, Migrationsbericht 2007, Dezember 2008.
3 Mit dem Dubliner Übereinkommen von 1997 ist die (zunächst 1993 im Zuge der deutschen „Abschaffung" des Asylrechts etablierte) Drittstaatenregelung faktisch europaweit in Kraft getreten. Hiernach soll nicht der Staat für die Prüfung eines Asylantrages zuständig sein, in dem der Asylsuchende einen Antrag stellt, sondern derjenige, in dem der Flüchtling die EU-Außengrenze überschritten hat.

Festung als Verschleierung: Die Grenze als Grenz- und Hohheitsraum

Wenn wir aber wirklich in einer Festung mit hohen Mauern leben, wie ist es dann zu erklären, dass so viele Migranten auch ohne Papiere ihren Weg nach Europa finden? Schätzungen zufolge, die der Natur der Sache nach äußerst ungenau sind, leben Millionen Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere auf dem Kontinent.[6] Haben die Mauern der Festung also einfach nur ein paar Lücken und Löcher? Und ist es nur eine Frage der Zeit, bis diese geschlossen werden?

Tatsächlich verschleiern die Metaphern der Festung und der Mauer das derzeitige Geschehen an den EU-Grenzen und innerhalb der Europäischen Union mehr, als sie es sachgemäß beschreiben. Seit etwa 15 bis 20 Jahren ist das europäische Grenzregime einem dynamischen Wandel unterworfen. Dabei stellen die Militarisierung der Außengrenzen und der Abbau des Flüchtlingsschutzes nur einen kleinen Teil eines viel größeren Umbaus dar. Das europäische Grenzregime ist heute viel mehr als „nur" das Errichten einer hohen – und oftmals tödlichen – Mauer. Denn die Reformen der vergangenen Jahre verwandeln die ganze EU in einen Grenzraum. Millionen Menschen innerhalb der EU werden auf diese Weise systematisch illegalisiert und prekarisiert.

Zwar wird die Grenze auch weiterhin zwischen territorialen Einheiten durchgesetzt. Doch zusätzlich wurden sowohl innerhalb der EU-Mitgliedstaaten als auch in den europäischen Nachbarstaaten viele neue Formen alltäglicher Grenzkontrollen eingeführt. Die EU-Grenze wird heute im europäischen In- und Ausland jeden Tag neu geschaffen: in Konsulaten, an Flugschaltern, auf Bahnhöfen, in Fernzügen, auf Autobahnen, auf öffentlichen Plätzen und in den Köpfen der Menschen, fernab der eigentlichen nationalen Grenzlinien. So legt sich die Grenze als repressiv ausgestalteter Hoheitsraum über alle anderen sozialen Orte, die wir klassischerweise als öffentlichen Raum kennen. Zudem hat sich die politische Arena auf diesem Feld geöffnet. Neue Akteure, Regeln und Institutionen sind entstanden, die den Charakter von Grenzen grundle-

4 Mike Davis, Die Große Mauer des Kapitals, in: „Die Zeit", 42/2006.
5 Etwa in seiner Rede auf dem Internationalen Symposium „Integration durch Bildung im 21. Jahrhundert" in Berlin am 16.10.2007.
6 Frank Düvell schätzte ihre Zahl vor Jahren auf 5 bis 6,5 Millionen Menschen. Vgl. Frank Düvell, Die Globalisierung der Migrationskontrolle. Zur Durchsetzung des europäischen und internationalen Migrationsregimes, in: ders. u.a., Die Globalisierung des Migrationsregimes. Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Bd. 7, Berlin 2002, S. 45-167, hier S. 166; vgl. auch AutorInnenkollektiv, Ohne Papiere in Europa. Illegalisierung der Migration – Selbstorganisation und Unterstützungsprojekte in Europa, Berlin u.a. 2000.

gend verändern. In der Folge ist ganz Europa zu einem riesigen Grenzraum geworden – ein Grenzraum ohne klares Innen und Außen. Der europäische Grenzraum erfüllt auf diese Weise auch eine wichtige ökonomische Funktion; er ist Teil eines globalen *labor supply systems*, um einen Begriff von Saskia Sassen zu borgen.[7] Der Grenzraum produziert Millionen von illegalisierten Migranten, die mitten in Europa unter völlig prekären Bedingungen leben und arbeiten. Davon wiederum profitieren ganze Wirtschaftszweige, die auf Basis des europäischen Grenzregimes wachsen und gedeihen.

Das neue europäische Grenzregime: Schengen und die Folgen

Das Kernstück des europäischen Grenzregimes ist das Schengen-Abkommen. Es wurde 1985 von Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet. Mittlerweile sind alle 27 EU-Staaten Mitglied, zudem noch Island, Norwegen und die Schweiz. 1999 wurde das Schengen-Abkommen durch den Amsterdamer Vertrag zu einem integralen Bestandteil der EU-Architektur.

Die Veränderungen, die seit Mitte der 80er Jahre im sogenannten Schengenland stattgefunden haben, sind gravierend. Einige davon haben ihren Grund unmittelbar im Schengener Vertragswerk, andere sind auf ergänzende Reformen auf nationaler und auf europäischer Ebene zurückzuführen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um sechs Punkte.

Zuerst geht es um die Schaffung gemeinsamer EU-Außengrenzen. Dieser Aspekt ist wohl der bekannteste. Das Schengen-Vertragswerk sieht den Abbau der innereuropäischen Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten vor und schafft zugleich eine gemeinsame Außengrenze aller Schengenländer. Das Abkommen definiert gemeinsame Visums- und Einreisebestimmungen. Es ermöglicht einen europäischen Austausch sicherheitsrelevanter Informationen, zum Beispiel im Rahmen des Schengener Informationssystems (SIS), einer nicht-öffentlichen Datenbank mit mittlerweile über elf Millionen Einträgen. Und es zielt auf die Standardisierung von Grenzkontrollen und grenzübergreifende Polizeieinsätze ab. In diesem Kontext wurde 2005 auch eine eigene europäische Grenzschutzagentur namens Frontex mit Sitz in Warschau eingerichtet. Seitdem ist die Zahl der festen Mitarbeiter der Agentur von 44 im Jahr 2005 auf 203 Anfang 2009 und das Jahresbudget auf derzeit über 83 Mio. Euro gestiegen.[8] Damit erstellt Frontex sogenannte Risikoanalysen über Migrationsrouten, berät europäische Regierungen und koordiniert eine multinationale, bewaffnete Eingreiftruppe. Die Frontex-Truppe ist vor allem vor der afrikanischen Küste aktiv, um die kleinen Boote vor den Kanarischen Inseln aufzubringen und abzudrängen – eine für die Migranten lebensgefährliche Praxis, die – wie Rechtsgutachten des *European Center for Constitutional and Human Rights* feststellen – klar gegen die völkerrechtlichen *Refoulement*-Verbote der Genfer und der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt.[9] Doch auch innerhalb der EU ist die Reisefreiheit keineswegs uneingeschränkt, sondern steht stets unter einem staatlichen Sicherheitsvorbehalt. So setzte etwa während der G8-Proteste in Heiligendamm Deutschland die Schengen-Regelung der Reisefreiheit – völlig legal – außer Kraft, führte an den Grenzen verschärfte Kontrollen durch und schickte internationale Aktivisten direkt wieder nach Hause.

Zweitens kommt es zu einer Militarisierung an den EU-Außengrenzen. Was die Außengrenzen von Schengenland angeht, müsste man mittlerweile eigentlich eher von Grenz*korridoren* sprechen. Denn die Grenzlinie zwischen der EU und den nichteuropäischen Nachbarstaaten dehnt sich auf beiden Seiten der Grenze Dutzende Kilometer in nationales Territorium aus und wird von hochgerüsteten Gewaltapparaten flächendeckend überwacht. Immer wieder kommt es in diesem Zusammenhang auch zu einer Aufhebung der Trennung zwischen Hoheitsaufgaben, die nur von staatlichen Behörden und Einrichtungen wahrgenommen werden dürfen, und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Das betrifft beispielsweise den bekannt gewordenen Fall der Taxifahrer in Ostdeutschland, die Ende der 90er Jahre dazu angehalten wurden, verdächtige Fahrgäste „im Hinterland" nach ihrem Pass zu fragen und gegebenenfalls bei der Polizei oder beim Bundesgrenzschutz zu melden.[10] Während dies sicher ein extremes Beispiel ist, haben wir uns an andere Aufweichungen der Trennung zwischen Zivilgesellschaft und Staatsapparaten längst gewöhnt, so etwa daran, dass die Pass- und Visumskontrollen an den Abfertigungsschaltern internationaler Flughäfen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ziviler Luftfahrtunternehmen vorgenommen werden.

Drittens entwickelt sich ein neuer europäischer Grenzimperialismus. Die Verschärfung europäischer Grenzstandards findet nicht nur an den EU-Außengrenzen statt. Da das Schengen-Abkommen seit 1999 Teil der *acquis communitaire* ist, müssen Beitrittskandidaten es umsetzen, bevor sie in die EU aufgenommen werden können. Das betrifft etwa die Türkei, die gerade zu einem vorgelagerten europäischen Grenzposten umgebaut wird, an dem die unzähligen Flüchtlinge aus Afghanistan und dem Irak abgefangen werden sollen. Auf diese Weise schützt sich die EU auch vor den Folgen ihrer Außen- und Wirtschaftspolitik und ihrer Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen. Die europäischen Grenzstandards werden darüber hinaus sogar in Länder „exportiert", die noch nicht einmal auf der EU-Beitrittsliste stehen. Ein Paradebeispiel dafür ist das EUBAM-Projekt in Moldawien und der Ukraine. In diesen beiden Ländern sind über 100 Experten der EU, vor allem bundesdeutsche Grenzschützer, tätig, die die 1222 Kilometer lange Grenze vor Ort auf einen europäischen Stand bringen sollen. Dazu setzte die EU von Ende Novem-

7 Saskia Sassen, The Mobility of Labor and Capital. A study in international investment and capital flow, Cambridge 1988.

8 Der Haushalt der Agentur ist wenig transparent, da er sich aus unterschiedlichen Quellen zusammensetzt (Zuschüsse der EU, Beiträge der Schengen-Staaten, Dienstleistungsgebühren und freiwillige Beiträge).

9 Vgl. Andreas Fischer-Lescano und Tillmann Löhr, Menschen- und flüchtlingsrechtliche Anforderungen an Maßnahmen der Grenzkontrolle auf See, Rechtsgutachten für das European Center for Constitutional and Human Rights.

10 Vgl. Forschungsstelle Flucht und Migration, Flüchtlingsfahndung an der ostdeutschen Grenze, Berlin 1998.

ber 2005 bis November 2009 noch einmal 44 Mio. Euro ein.[11] Vergleichbare Formen des geldgeschmierten Grenzimperialismus finden wir in Nordafrika. Auch dort wird die EU-Grenze mit Hilfe großzügiger Finanzspritzen, Militärgerät und Know-how ständig vorverlagert. (Konservative Sicherheitspolitiker würden die bereits existierenden Auffanglager am liebsten schon heute als extra-territoriale EU-Lager formalisieren.)

Viertens gilt jedoch: Der vielleicht wichtigste Wandel hat sich nicht an den Grenzen, sondern auf dem Territorium der europäischen Mitgliedstaaten selbst vollzogen. Überall in Europa sind die Grenzkontrollen mittlerweile auf strategisch wichtige Punkte der Infrastruktur im Inland ausgedehnt worden. Grenzkontrollen finden heute auf Bahnhöfen, in Fernzügen, am Rande von Großdemonstrationen und auf öffentlichen Plätzen statt. In der Bundesrepublik wurden dazu die Befugnisse des ehemaligen Bundesgrenzschutzes (BGS) massiv ausgeweitet und Transiträume rechtlich zu Grenzräumen umdefiniert.

Dabei gilt es sich stets in Erinnerung zu rufen, dass Deutschland nach der Ausweitung des Schengenraums eigentlich gar keine EU-Außengrenzen mehr hat, die vom BGS kontrolliert werden müssten – sieht man einmal von einer Handvoll internationaler Flug- und Seehäfen ab. Konsequenterweise hätte man den BGS deshalb eigentlich schon in den 90er Jahren weitgehend abschaffen können. Derlei geschieht bei Gewaltapparaten aber leider selten. Stattdessen erfindet man regelmäßig neue Aufgaben und dehnt den Einsatzbereich faktisch aus – und baut damit auch die Gewaltenteilung zwischen verschiedenen Sicherheitsbehörden und Polizeiapparaten sukzessive immer weiter ab. So auch im Fall des BGS, dessen Reform unter Otto Schily mit der Umbenennung des BGS in „Bundespolizei" ihren Abschluss fand. Mit 40 000 Mitarbeitern, der Spezialeinheit GSG-9, Beteiligung an Auslandseinsätzen rund um die Welt und Kooperationen mit privaten Wachdiensten, Polizei und Behörden ist die Bundespolizei heute einer der aktivsten und im Alltag sichtbarsten staatlichen Gewaltapparate im Land.

Fünftens geht mit der Verlagerung der Aufgaben auch eine Diffusion der Zuständigkeiten und Kompetenzen einher. Während die Durchsetzung nationalstaatlicher Grenzen klassischerweise eine Aufgabe des Souveräns ist, hat sich die migrationspolitische Arena mittlerweile für eine Vielzahl neuer halböffentlicher und privater Akteure geöffnet. Beispielsweise gab es noch Anfang der 60er Jahre nur wenige Forschungsinstitute und auch kaum internationale Organisationen auf diesem Feld. Eine neuere Bestandsaufnahme kommt dagegen auf weltweit 87 Forschungszentren und 32 internationale Organisationen, die sich ausschließlich oder schwerpunktmäßig mit Migration befassen.[12] Mit ihren Expertisen und Risikoabschätzungen beeinflussen sie die Entscheidungen der Parlamentarier und prägen maßgeblich den öffentlichen Diskurs. Aber auch in einem ganz materiellen Sinne wird Grenzpolitik von vielen neuen Akteuren (mit-)gemacht: Neben der ebenso undurchsichtigen

11 Hinzu kamen Direktfinanzierungen der entsendenden Länder, etwa durch Freistellungen von Grenzern; vgl. EUBAM, European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine, Annual Report 2008, S. 6; www.eubam.org.

12 Albert Kraler und Christof Parnreiter, Migration theoretisieren, in: „Prokla", 140 (2005), S. 327-344.

wie undemokratischen EU-Agentur Frontex ist insbesondere die Internationale Organisation für Migration (IOM) ein Beispiel für einen besonders fragwürdigen Global Player auf diesem Gebiet.[13] Mit inzwischen 120 Mitgliedstaaten und einem Jahresbudget von 733 Mio. US-Dollar bezeichnet sich die IOM zu Recht als eine führende internationale Organisation für Migrationsmanagement. Weltweit unterhält die IOM Internierungslager für Migranten und organisiert die Abschiebung von Flüchtlingen – die sogenannte freiwillige Rückkehr. Gruppen wie Amnesty International oder das No Border Netzwerk protestieren seit vielen Jahren gegen die Machenschaften der IOM. Doch das ist gar nicht so einfach. Denn als internationale Organisation, die nicht der UNO angehört und über keine demokratisch gewählten Vertreter verfügt, ist es schwer, politischen Druck auf die IOM auszuüben.

Sechstens schließlich hat sich auch der öffentliche Diskurs über Migration in den letzten Jahren verschärft. Vor allem seit den Anschlägen vom 11. September 2001 werden Migranten in der Öffentlichkeit in einer ganz bestimmten und reduzierenden Art und Weise dargestellt. Einerseits gelten sie als „die Anderen", als eine Bedrohung für „unsere" Kultur – und damit im Sinne Carl Schmitts als potentielle Feinde. Sie teilen angeblich die Grundwerte der westlichen Demokratien nicht und bilden gefährliche Parallelgesellschaften. Dieses Stereotyp findet seinen Ausdruck vor allem in den unzähligen Zeitungs- und Fernsehreportagen über Ghettos und Problemviertel, Terror-Moscheen und kriminelle Gangs. Die dahinterstehende Botschaft ist klar: Stoppt die Einwanderung. Andererseits werden Migranten – in diesem Fall meist Frauen und Kinder – als Opfer von Schlepperbanden dargestellt. Zwar trifft es zu, dass viele kriminelle Gruppen die Illegalisierung der Migration zu einem einträglichen Geschäft machen, das meist auf Kosten der Migranten geht. Doch in der öffentlichen Debatte wird den Migranten dabei pauschal und einseitig ein Opferstatus zugeschrieben. Eine eigene Entscheidung darüber, wo und wie sie leben möchten, wird ihnen auf diese Weise abgesprochen. Stattdessen werden sie medial zu Opfern der organisierten Kriminalität reduziert. Das hilft jedoch den Betroffenen wenig, sondern schadet ihnen im Ergebnis: Am Ende erscheinen Polizei-Razzien auf diese Weise als humanitäre Geste gegenüber Migranten, die faktisch jedoch deren Abschiebung und die Verschärfung von Grenzkontrollen und Einreisebestimmungen zur Folge haben.

Die Verinnerlichung der Grenze

Nimmt man die unterschiedlichen Elemente des europäischen Grenzregimes zusammen, so lässt sich feststellen, dass Europa seit etwa Mitte der 80er Jahre mehr und mehr in einen riesigen Grenzraum verwandelt wird. In diesem Sinne ist die EU gerade *keine* Festung. Sie hat *keine* hohe Mauer, die man mit Glück und Geschick überwinden könnte. Vielmehr ist die Grenze heute immer und überall. Sie existiert zwar auch weiterhin als gedachte Linie zwischen Europa

13 Vgl. www.iom.int, sowie Aram Ziai, Migration als Entwicklungshilfe? In: „Blätter", 5/2007, S. 610-617.

und seinen nichteuropäischen Nachbarn. Aber als Migrant kann man diese Linie eigentlich gar nicht wirklich mehr überschreiten. Denn faktisch beginnt die europäische Grenze schon im Heimatland der Migranten – und zwar in dem Moment, indem er oder sie mit dem Gedanken spielt, nach Europa zu reisen. In diesem Moment betritt man, zunächst gedanklich, einen Grenzraum, der kein Außen und kein Innen kennt, der sich in allgegenwärtigen Kontrollen ebenso manifestiert, wie in der ständigen Erwartung dieser Kontrollen. Europa ist ein Grenzland ohne Maßen, eine permanente Grenzsituation.

Die permanente Kontrollsituation und die diskursive Ausgrenzung führen bei den Betroffenen zu einer subjektiven Verinnerlichung der Grenzsituation. Wer ständig erwarten muss, auf öffentlichen Plätzen, auf Bahnhöfen, am Rande von Großveranstaltungen, in Fernzügen oder gar im öffentlichen Nahverkehr nach dem Pass gefragt zu werden und in dieser Situation auch keine Hilfe von seinen Mitmenschen erwarten kann, der muss die Kontrollen stets antizipieren, um sie umgehen zu können – was unter anderem bedeutet, dass man öffentliche Räume meidet bzw. sich dort nur unter großer Anspannung und Vorsicht bewegen kann.[14] Michel Foucault hat diesen Effekt der Selbstzensur als Subjektivierung und Internalisierung von Herrschaft beschrieben. Dabei werden Herrschaftsmomente förmlich in die zu regierenden Subjekte selbst eingelassen.[15] Abgesehen von den individuellen Einschränkungen, Unsicherheiten und psychischen Zurichtungen, die diese Situation mit sich bringt, hat sie auch fatale Folgen in Hinblick auf den politischen Widerstandswillen der Betroffenen: Sich unter derartigen Bedingungen kollektiv zu organisieren und zu protestieren, erfordert unerhörten Mut. Denn es bedeutet, öffentlich sichtbar und damit verwundbar zu werden. Faktisch hat die am stärksten prekarisierte gesellschaftliche Gruppe mit den größten Hindernissen zu kämpfen, wenn sie sich für ihre Rechte und Interessen organisieren will. Der Grenzraum produziert auf diese Weise die systematische Vereinzelung, Isolation, Entsolidarisierung und Entrechtung der Migranten.

Der Prozess der Illegalisierung

Gleichzeitig hat das Grenzregime eine eminent ökonomische Funktion. Gerade das Zusammenspiel von rechtlicher, politischer und sozialer Exklusion bei gleichzeitiger Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt führt, wie Immanuel Wallerstein es einmal ausdrückte, zur „Schaffung von Arbeiterschaft" – hier: migrantischer Arbeiterschaft – „am rechten Ort und auf dem geringstmöglichen Lohnniveau".[16]

Denn es ist ja keineswegs so, dass illegalisierte Migranten völlig aus der EU ausgeschlossen würden oder niemand mehr ohne Visum in die EU gelangte, weil er von den Behörden aufgespürt und ausgewiesen würde. Das Gegenteil

14 Vgl. hierzu Ann-Katrin Lebuhn, Migrationspolitische Konflikte in Spanien. Eine empirische Studie zu den Kämpfen um Anerkennung illegalisierter MigrantInnen in Barcelona. Magisterarbeit im Fach Soziologie an der Universität Hamburg, 2007, S. 106.
15 Michel Foucault, Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a. M. 1994.
16 Immanuel Wallerstein, Der historische Kapitalismus, Berlin 1984.

ist der Fall. Mehrere Millionen Menschen leben und arbeiten derzeit ohne gültige Papiere in Europa. Nie in der Geschichte der Europäischen Union hat es mehr Menschen ohne gesicherten rechtlichen Status in Europa gegeben. Hieran zeigt sich, dass Migration ein durchaus eigendynamischer Prozess ist, der sich nicht einfach durch Kontrollen unterbinden lässt – weil nämlich die Ausweitung der Grenzsituation die Kategorie des illegalisierten Migranten mitunter überhaupt erst produziert. Und weil es ohne die entsprechenden materiellen, rechtlichen und diskursiven Praktiken die Kategorie des „Illegalen" gar nicht gäbe. Aus diesem Grund sprechen wir hier auch stets von *illegalisierten* Migranten. Denn der rechtliche Status legal/illegal haftet niemandem körperlich an. Er wird erst durch politische Entscheidungen und juristische Akte über Menschen verhängt.

Für die Betroffenen ergeben sich daraus schwerwiegende Konsequenzen. Denn so unterschiedlich die Migrationswege und -gründe der Menschen, die ohne Papiere nach Europa kommen, auch sein mögen, alle haben sie eines gemein: Mangels legalen Aufenthaltsstatus' haben sie keinen Anspruch auf die sozialen Sicherungen, die es in Europa – trotz der jahrzehntelangen neoliberalen Offensive – immer noch gibt: Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Krankenkasse, Wohn- und Kindergeld usw. Für illegalisierte Migranten ist der „stumme Zwang der Verhältnisse" daher noch viel größer als für die einheimische Arbeiterklasse. Sie *müssen* arbeiten und sie müssen *jede* Arbeit annehmen – unter allen Umständen. Ihnen bleibt gar nichts anderes übrig, wenn sie überleben wollen. Da sie aber keine Arbeitserlaubnis haben, bleibt ihnen in der Regel nur der schlecht bezahlte und unsichere informelle Arbeitsmarkt. Überall in Europa profitieren daher ganze Branchen von den billigen migrantischen Arbeitskräften, wie speziell der Bausektor, die Gastronomie, die Landwirtschaft, die häusliche Pflege oder auch – und nicht zuletzt – die Sexindustrie. Migrantinnen, die in den überalternden westeuropäischen Gesellschaften immer häufiger im Care-Bereich, also in der Haus-, Pflege- und Reproduktionsarbeit, tätig sind, stoßen darüber hinaus auf ein zusätzliches Problem: Sie arbeiten in einem Bereich, der sehr kleinteilig organisiert ist und kaum gewerkschaftliche Aufmerksamkeit erfährt. Hier ist es selbst für legal beschäftige und einheimische Frauen schwer, Arbeitskämpfe zu führen und gesellschaftlich „sichtbar" zu werden. Illegalisierte Migrantinnen haben in diesem Bereich deshalb fast gar keine Chance, wenigstens minimale Arbeitsstandards und Tariflöhne durchzusetzen.

Das trifft im Übrigen auch auf einen großen Teil der Flüchtlinge zu, die sich mit einem zwar legalen, aber ähnlich prekären Status in Europa aufhalten. Allein in der Bundesrepublik sind das laut Statistik fast 700 000 Menschen. Sie unterliegen de facto einem Arbeitsverbot, leben meist in Sammelunterkünften und werden vorrangig über viel zu knappe Sachleistungen versorgt. Tobias Pieper bezeichnet das bundesdeutsche System der Flüchtlingslager daher zu Recht auch als „Scharnier zwischen dem regulären und dem irregulären Arbeitsmarkt", das selbst den Zugang zu den ohnehin schlechtesten Jobs noch hochgradig vermachtet und reguliert.[17]

17 Tobias Pieper, Das dezentrale Lagersystem für Flüchtlinge – Scharnier zwischen regulären und irregulären Arbeitsmarktsegmenten, in: „Prokla", 136 (2004), S. 435-453; vgl. ders., Die Gegenwart der

Neue Formen kollektiven Widerstands

Einen Hoffnungsschimmer immerhin gibt es bei all dem produzierten Elend aber doch: Die Entstehung eines europäischen Grenzraums durch massive Veränderungen und Verschärfungen der Grenz(raum)kontrollen hat zugleich neue soziale und politische Widerstands- und Aktionsformen hervorgebracht. Offenbar stoßen die Prekarisierung und Illegalisierung von Millionen Menschen in Europa nicht nur auf Zustimmung.

Die französische *Sans-Papier*-Bewegung, die sich Mitte der 90er Jahre gründete, war wohl die erste soziale Bewegung überhaupt, die sich unter dem Label „illegalisiert" organisierte. Sie hat bis heute Vorbildfunktion für viele andere Gruppen, Netzwerke und Bündnisse, die sich für die Rechte von Flüchtlingen und gegen eine Kriminalisierung von Migranten einsetzen. Neben progressiven Kirchengemeinden, Menschenrechts- und Flüchtlingsinitiativen sind es oft linksradikale und anarchistische Gruppen, die in lokalen Bündnissen mit Migranten zusammenarbeiten. Aber auch Gewerkschaften solidarisieren sich zum Teil mit illegalisierten Migranten. So initiierte beispielsweise die IG BAU im Jahr 2004 einen „Europäischen Verband der Wanderarbeiter", der in der Gewerkschaftspolitik bislang allerdings eher eine marginale Rolle spielt.

In Spanien konnte eine große Legalisierungskampagne im Jahr 2005 nach mehrjähriger Arbeit einen großen Erfolg feiern. Von vielen verschiedenen Gruppen getragen, erreichte sie, dass rund 700 000 Migrantinnen und Migranten Aufenthaltspapiere und eine Arbeitserlaubnis bekamen.[18]

All diese positiven Momente ändern jedoch nichts daran, dass sich die mit der millionenfachen Illegalisierung einhergehende Ethnisierung und Unterschichtung des Arbeitsmarktes im Kontext neoliberaler Strukturreformen keineswegs als dysfunktional erweisen. Im Gegenteil: Die Betroffenen bilden heute einen riesigen Pool entrechteter und hoch flexibler Arbeitskräfte, die sich profitabel ausbeuten lassen.

Vor diesem Hintergrund kommt es darauf an, das europäische Grenzregime stets im Kontext der herrschenden Hegemonialpolitik von sozialer Kontrolle und Kapitalverwertung zu analysieren. Nur wenn man es nicht verkürzend als vermeintliches Ergebnis eines Masterplans aggressiver Innenminister, sondern als Ausdruck politisch-ökonomischer Kräfteverhältnisse begreift, wird es gelingen, den dringend gebotenen politischen Widerstand tatsächlich wirksam zu leisten.

Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik, Münster 2008.

18 Vgl. Désirée Kleiner, Von Spanien lernen. Legalisierung als Migrationspolitik, in: „Blätter", 6/2005, S. 735-740.

Giftgrüne Gentechnik

Der Kampf um MON 810

Von **Heike Moldenhauer**

„MON 810" – dieses unscheinbare Kürzel treibt gegenwärtig Landwirte und Lobbyisten auf die Barrikaden. Dahinter verbirgt sich die einzige gentechnisch veränderte Pflanze, die in der EU kommerziell angebaut werden darf. Der insektenresistente Gentech-Mais des US-Konzerns Monsanto wurde 1997 zugelassen; doch Mitte April 2009 hat ihn Deutschland als sechstes EU-Land nach Österreich, Ungarn, Griechenland, Frankreich und Luxemburg verboten.

Seitdem herrscht hierzulande Gentechnikalarm. Unisono prophezeien sämtliche Wissenschaftsorganisationen, die Verbände der Agro- und Lebensmittelindustrie, Forschungsministerin Schavan, große Teile der Union und die FDP irreparable Schäden für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland aufgrund des Verbots.[1] Und nicht nur das: Sollten die Potentiale der Gentechnik aufgrund „diffuser Ängste" nicht genutzt werden können, dann fehle das entscheidende Instrument, um die Ernährung für die wachsende Weltbevölkerung zu sichern, dem Klimawandel zu begegnen und die Energiefrage zu lösen.

Was also steckt tatsächlich hinter MON 810? Und warum messen die Protagonisten der Agro-Gentechnik seinem Verbot in Deutschland derartig eminente Bedeutung bei? MON 810 ist mit einem Gen aus dem Bodenbakterium *Bacillus thuringiensis* (Bt) ausgestattet. Es führt dazu, dass der Mais permanent in allen grünen Pflanzenteilen ein Gift produziert, zudem in Pollen, Samen und Wurzeln. Dieses Gift zersetzt die Darmwand des Maiszünslers, eines Schmetterlings, der als Hauptschädling im Mais auftritt. Seine Raupen bohren sich in die Maisstängel, legen dort Fraßgänge an und verringern dadurch Standfestigkeit und Ertrag der Pflanzen. Anders, als von Monsanto behauptet, wirkt das vom MON 810 gebildete Gift jedoch nicht spezifisch und selektiv.

Es tötet nicht nur den Maiszünsler, sondern schädigt auch sogenannte Nicht-Zielinsekten. Deshalb hat die zuständige Bundesbehörde, das Bundes-

1 Vgl. die Presseerklärung von 21 maßgeblichen Vertretern der Agrar- und Ernährungswirtschaft vom 18.5.2009 („Land – und Ernährungswirtschaft fordert verlässliche Gentechnikpolitik zur Sicherung des Innovationsstandortes Deutschland"), die Gemeinsame Erklärung der Wissenschaftsorganisationen zur Grünen Gentechnik vom 20.5.2009, das Memorandum von DLG und DFG-Senatskommission für Stoffe und Ressourcen in der Landwirtschaft: „Forschung in Freiheit und Verantwortung – Zum Status quo der Forschungsrahmenbedingungen zur Grünen Gentechnik" vom 13.5.2009 und Annette Schavan, Ohne Gentechnik geht es nicht, in: „Financial Times Deutschland", 18.5.2009.